

WSH Werte als Kontinuum

WSH TELEX

Montag, der 10. Januar 2022



Update Ökonomie und Kapitalmärkte "Bekämpfung der Inflation durch Preiskontrollen?"

Bekämpfung der Inflation durch Preiskontrollen?

von Univ.-Prof. Dr. André Schmidt

Das Gegenteil von gut gemacht ist bekanntlich gut gemeint. So ist wohl auch der Vorschlag der aus Deutschland stammenden Ökonomin *Isabella Weber* im britischen *Guardian* „*Could strategic price controls help fight inflation?*“ vom 29. Dezember 2021 zu verstehen. In ihrem Kommentar argumentiert die Verfasserin, dass die Option **strategischer Preiskontrollen** ein wirksames Instrument der Inflationsbekämpfung darstellen kann. Diesen Vorschlag begründet sie mit der historischen Erfahrung administrierter Preise nach der Beendigung des Zweiten Weltkriegs. „*Die Corona-Pandemie sei von ihren ökonomischen Wirkungen mit einem Krieg zu vergleichen, in dem es zu ernsthaften Versorgungsengpässen kommt*“, so argumentiert die Verfasserin. Die gegenwärtigen Störungen der Lieferketten würden dies nur allzu deutlich vor Augen führen. Da das Angebot die Nachfrage nicht mehr decken kann, komme es zu drastischen Preiserhöhungen, die es mittels strategischer Preiskontrollen – in Form von administrierten Höchstpreisen – zu verhindern gilt.

Nun muss man bei der Bewertung dieses Vorschlags nicht so weit gehen, wie der Nobelpreisträger *Paul Krugman*, der den Vorschlag der jungen deutschen Ökonomin schlichtweg als **dumm** bezeichnete (*NZZ* 05.01.22). Allerdings ist nicht zu übersehen, dass dieser Vorschlag nur wenig überzeugen kann. In ihrer Argumentation übersehen die Proponenten staatlicher Preiskontrollen, dass Inflation als ein dauerhaft steigendes Preisniveau nur das Symptom, nicht aber die Ursache ökonomischer Fehlentwicklungen ist. Es hat sich bisher stets als wenig effektiv erwiesen, die Symptome zu behandeln, ohne die entsprechenden Ursachen zu bekämpfen.

Update Ökonomie und Kapitalmärkte "Bekämpfung der Inflation durch Preiskontrollen?"

Mit der Einführung administrierter Preiskontrollen würde man nach dem Motto handeln, „**Was nicht sichtbar ist, existiert auch nicht mehr**“. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass Preiskontrollen die Probleme der Inflation lösen könnten. Menschen in sozialistischen Planwirtschaften konnten die Folgen staatlich gesetzter Preise hautnah miterleben. Preissteigerungen entstehen immer dann, wenn die Knappheit von Gütern zunimmt. Dabei kommt den **steigenden Preisen in einer Marktwirtschaft eine wichtige Funktion** zu, sie signalisieren den Anbietern steigende Umsätze und damit steigende Gewinne und schaffen somit einen Anreiz für die Anbieter, ihr **Angebot auszuweiten**, wodurch die Knappheit reduziert wird.

Wird jetzt durch staatliche Preiskontrollen der Anstieg der Preise verhindert, so haben die Anbieter keinen Anreiz mehr, ihr Angebot auszuweiten. Die Folge ist, dass der **Nachfrageüberhang** nicht abgebaut werden kann, sodass sich **Warteschlangen** bilden und die Versorgungsengpässe weiter ausweiten. Warteschlangen waren in sozialistischen Planwirtschaften ein Bild des Alltags und stellen ökonomisch nichts anderes dar, als eine **zurückgestaute Inflation**.

Nun mag man zur Verteidigung der Argumentation von *Isabella Weber* einwenden, dass in einer echten Versorgungskrise durch Naturkatastrophen und kriegerische Zerstörung Preiskontrollen und Rationierungen kurzfristig gerechtfertigt sein können, nicht aber bei inflationären Entwicklungen, wie wir sie gegenwärtig in der Weltwirtschaft beobachten. Auch wenn die Corona-Pandemie zu einzelnen Störungen der Lieferketten geführt hat, **so ist diese Situation mitnichten der eines Krieges oder katastrophaler Naturereignisse zu vergleichen**. Der inflationäre Druck ist bereits im **Vorfeld** von Corona entstanden. Corona wirkte bei dem Ausbruch der inflationären Tendenzen nur wie ein Katalysator.

Update Ökonomie und Kapitalmärkte "Bekämpfung der Inflation durch Preiskontrollen?"

Hauptverantwortung hierfür trägt die **ultra-expansive Geldpolitik** der Notenbanken in den USA, in Japan, in China und in Europa. Diese Geldpolitik führt zu **eklatanten Fehlanreizen** im Investitionsverhalten von Unternehmen. Anstelle Realinvestitionen dominieren Investitionen in die Finanzmärkte und in Immobilien. Damit unterbleiben wichtige **Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen**, die zu einer Verknappung des Angebots führen. Der **Kapitalstock veraltet**, die Produktion wird weniger effizient, was dann, mit Eintritt der Corona-Pandemie, zu realwirtschaftlichen Störungen führte. Verstärkt wurden diese Störungen dann noch mit den durch die Pandemie hervorgerufenen **Deglobalisierungstendenzen**.

Die Einführung von Preiskontrollen wäre in dieser Situation kontraproduktiv und würde die ökonomischen Störungen nur noch verstärken, da die Investitionsanreize weiter zurückgehen würden. Es braucht vielmehr eine Abkehr von der ultra-expansiven Geldpolitik, um den Inflationsentwicklungen entgegenzutreten. Inflation ist ein monetäres Phänomen und kann auch nur monetär bekämpft werden. Wer an dieser Stelle Preiskontrollen fordert, übersieht leichtfertig, dass man nicht Symptome, sondern Ursachen bekämpfen muss.

Herzliche Grüße aus Düsseldorf

Ihre



Christoph Weber
Geschäftsführender Gesellschafter



Professor Dr. André Schmidt
Geschäftsleiter Strategie